

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

## Solidarität mit der Tageszeitung Özgür Gündem

Seit dem 3. Mai, dem internationalen Tag der Pressefreiheit, hat die Tageszeitung Özgür Gündem eine Kampagne zur Solidarität mit ihrer Zeitung und für die Pressefreiheit gestartet. Jeweils für einen Tag übernimmt ein/e JournalistIn oder Intellektuelle/r die verantwortliche Redaktion der Zeitung. Täglich wechseln die Aufgaben. Seit Beginn der Kampagne haben sich 49 Menschen an dieser Kampagne beteiligt. Gegen 39 von ihnen wurde ein Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet. 6 Ermittlungsverfahren wurden später eingestellt, 6 wurden ans Gericht weiter geleitet. Die Vorsitzende der Menschenrechtsstiftung TIHV, Prof. Dr. Şebnem Korur Fincancı, der Schriftsteller Ahmet Nesin und Erol Önderoğlu, Vertreter der Organisation Journalisten ohne Grenzen (ROG) in der Türkei, die zu Letzt an der Kampagne

teilgenommen haben, sind gestern verhaftet worden. Als Grund werden Artikel, die an den Tagen, als sie die Verantwortung der Zeitung übernommen hatten, benannt.

Heute, am 50. Tag der Kampagne, hat sich auch der Journalist und Chefredakteur der Tageszeitung Cumhuriyet Can Dündar der Kampagne angeschlossen. Can Dündar erklärte: „Die Verhaftungen vom Vortag sind eine Botschaft. Sie sagt: Wenn ihr an der Seite der Wahrheit steht, werdet ihr verhaftet.“ Er rief zur Solidarität mit Özgür Gündem auf: „Auch ich habe die Botschaft erhalten. So bin ich denn gekommen, Solidarität zu zeigen.“

Federica Mogherini und Johannes Hahn äußerten sich im Namen der Europäischen Union und nahmen Stellung zu den Verhaftungen. Beide wiesen die Türkei erneut darauf hin, dass „jedes Land, das der EU beitre-

ten will, auch die Menschenrechte garantieren müsse.“

Nach der Verhaftung von Şebnem Korur Fincancı, Erol Önderoğlu und Ahmet Nesin, haben sich jetzt etliche JournalistInnen solidarisiert. 107 JournalistInnen haben in einer Solidaritätsliste bekundet, dass auch sie bereit sind einen Tag lang verantwortliche/r RedakteurIn der Zeitung Özgür Gündem sein zu wollen. Die Liste wurde der Zeitung Özgür Gündem übergeben. In einer Pressekonferenz zuvor forderten sie die Freilassung der JournalistInnen. Zana Kaya von Özgür Gündem bedankte sich dann auch im Namen der Zeitung für so viel Solidarität. Er betonte: „Die Angriffe gegen Özgür Gündem richten sich nicht allein gegen Özgür Gündem. Sie richten sich gegen die ganze Gesellschaft und gegen alle JournalistInnen. Sie sind nur mit unserer Solidarität zu überwinden.“ (ANF, 21.6., ISKU)

## Zwei Mal lebenslänglich, zusätzlich weitere 486 Jahre Haft für Demirtaş gefordert

Nachdem auf Order des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan die Immunität von Abgeordneten aufgehoben wurde, sind 510 Anträge auf Anklage allein gegen die Abgeordneten der HDP an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet worden. Vorladungen zum Verhör sind die allgemeine Folge dessen. Wer in der Türkei einer solchen Ladung nicht Folge leistet, wird zwangsweise vorgeführt. Sollten die Abgeordneten den Vorladungen Folge leisten, würde das in nächster Zeit ihre gesamte Zeit in Anspruch nehmen. Der Arbeit, wofür sie gewählt worden sind, könnten sie nicht mehr nachkommen. Allein gegen den Abgeordneten und Co-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker HDP Selahattin Demirtaş liegen 93 Anträge auf Anklage vor. Insgesamt wird gegen ihn zwei Mal lebenslänglich, zusätzlich weitere 486 Jahre Haft gefordert. Die Abgeordneten der HDP haben bereits im Vorfeld erklärt, dass sie den Vorladungen nicht Folge leisten werden. „Alles andere liege hingegen nicht in ihrer Hand. Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der HDP, hat sich gegenü-

ber BBC Türkçe zu verschiedenen aktuellen Themen geäußert.

Zur Diskussion über Kontakte zwischen Vertretern der kurdischen Freiheitsbewegung und der Regierung erklärte Demirtaş: „Zu der Zeit waren in den Verhandlungen nicht wir die direkten Ansprechpartner. Von uns wurde in dem Rahmen nur eine gewisse Unterstützung erwartet und wir als HDP waren auch bereit zu helfen. Alle Treffen fanden dann auch mit meinen Wissen statt.“

Es gab vor allem, bevor die Operationen in den Städten Şirnex (Şırnak), Geve (Yüksekova) und Nisêbin ( Nusaybin) begannen, einen Dialog zwischen der Regierung und Kandil, ob eine Lösung zu finden sei. Das war keine Sache in der wir direkt Mitsprachepersonen waren. Wir hatten weder mit Kandil ein direktes Gespräch noch mit der Regierung. Wir waren lediglich dahingehend behilflich, dass der Verkehr der Gespräche problemlos abgewickelt werden konnte. Bedauerlicher Weise haben sie zu keinem Ergebnis geführt. Wenn man so sagen will, ist die Regierung, wenn auch nur in sehr

geringem Maße, auf eine Suche gegangen. Es ist dabei eine Diskussion geführt worden, ob die sich dort befindlichen bewaffneten Personen abgezogen werden und eine Operation dann nicht erfolge. Aber soweit ersichtlich, hat Erdoğan nach den ganzen Sondierungen die Verhandlungen beendet.“

Auf die Möglichkeit neuerlicher Gespräche angesprochen erklärte Demirtaş: „Zu der Frage hat weder Kandil noch die Regierung uns etwas zukommen lassen. Der Ministerpräsident selbst hat erklärt, die PKK habe ihm die Botschaft gesandt, sie wäre bereit die Waffen zu strecken. Aber weder ich noch die HDP verfügen dazu über irgend eine Information. Abdullah Öcalan ist ein politischer Häftling der in İmralı unter spezieller Isolation steht. Sollte es Gespräche zwischen ihm und Vertretern des Staates geben (Anmerkung des Übersetzers: die türkische Tageszeitung Hürriyet hatte eine entsprechende Meldung einige Tage zuvor lanciert), bedeutet das nicht, dass es politische Gespräche, Verhandlungen oder einem Dialog gibt. Letztendlich halten sie ihn in einem

### Meldungen:

#### KCK: Keine Verhandlungen mit dem derzeitigen Regime

In den letzten Tagen gemachte Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Yıldırım, die PKK würde Gespräche suchen, hat die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK nun mit scharfen Worten demontiert. In ihrer Erklärung heißt es dazu: „Mit einer Regierung, die die Freiheitsbewegung der Kurden und die demokratischen Kräfte zu vernichten trachtet und eine hegemonistische, autoritäre, faschistische Ordnung errichten will, gibt es nichts, was wir zu bereden haben. Die kurdische Frage lässt sich allein im Gespräch mit einer Regierung, die über ein demokratisches Verständnis verfügt, lösen. Ein solches Verständnis, einen dem entsprechenden Charakter lässt die AKP allerdings vermissen.“ Statt auf Gespräche mit der Regierung scheint die KCK eher auf eine Demokratiebewegung in der Türkei zu setzen. So heißt es in der Erklärung, dass eine Änderung der Mentalität und Herangehensweisen „nur durch den Kampf der demokratischen Kräfte“ zu ermöglichen sei, „die Türkei würde sich demokratisieren und die kurdische Frage könne eine Lösung finden“.

„Mit einem Regime, dass die Vereinbarung von Dolmabağçe, die mit dem Bemühen Öcalans zustande kam, leugnet und einen Krieg beginnt“, erklärt die KCK, „ist es nicht möglich, ein Problem durch Verhandlungen zu lösen.“ Ihr Fazit aus den Erfahrungen der Vergangenheit erklärt die KCK deutlich: „Die kurdische Freiheitsbewegung wird mit politischen Kräften, die im Rahmen einer Demokratisierung der Türkei nicht deutlich die kurdische Existenz anerkennen, die nicht offen das freie und demokratische Leben der Kurden respektieren, erst gar nicht mehr verhandeln.“ Ein weiteres Mal wolle man sich und die Völker nicht hinhalten und täuschen lassen. (ANF, 16.6., ISKU)

#### Ausgangssperren über Licê, Farqin und Pasûr ausgeweitet

Über Licê, einem Landkreis von Amed (Diyarbakır), wurde schon vor Tagen über 13 Dörfer die Ausgangssperre verhängt. Zeitgleich mit der Ausgangssperre begannen über Stunden anhaltende Luftangriffe der türkischen Armee, bei denen auch ein Dorf zu Schaden kam. Gestern wurde die Ausgangssperre erweitert, so dass insgesamt 25 Dörfer in der Ebene zwischen Licê, Hêni

# Minbic: Politrat beginnt Arbeiten in befreiten Gebieten

Am 5. April wurde in der Stadt Sirrin im Kanton Kobanê der Politrat von Minbic durch EinwohnerInnen der Stadt und der umliegenden Dörfer gegründet, die vor den Banden des Islamischen Staates in die freien Gebiete West-Rojavas flüchteten. Der Politrat setzt sich aus AraberInnen, KurdInnen, TurkmenInnen und TscherkessInnen zusammen, die nun dabei sind, nach über zweieinhalb Jahren in ihre Heimat zurückzukehren.

Die Ko-Vorsitzende Sozdar Xalid stammt aus Minbic und war ebenfalls gezwungen ihre Heimatstadt 2013 zu verlassen, um den Massakern durch die islamistischen Banden von al-Nusra und Co zu entgehen. Xalid floh damals nach Bakur (Nordkurdistan/Osttürkei), kam jedoch bereits ein Jahr später zurück, vorerst nach Kobanê.

*Wie, warum und aus welchem Umstand heraus wurde der Politrat von Minbic gegründet?*

Zunächst wurde der Rat auf Wunsch und Bedarf der Bevölkerung von Minbic heraus gegründet. Zuvor konstituierte sich bereits der Militärtrat, um der Notwendigkeit nach Schutz und Sicherheit nachzukommen. Danach wurde dann am 5. April der Politrat im Kanton Kobanê, also quasi im Exil gegründet. (...) Die Befreiung Minbic's wurde zum Thema spätestens seit der Besetzung durch den IS. Es kamen Diskussionen auf, wie das soziale Leben in und um Minbic aussehen kann, nachdem die militärische Befreiung erfolgreich ist, der Bedarf eines politischen Rates entstand.

*Du warst nun bereits in den befreiten Gebieten, was brauchen die Menschen?*

Wir waren gezwungen den Politrat in Sirrin zu gründen, quasi im Exil. Dennoch waren wir zu jeder Zeit mit Minbic verbunden und sobald die ersten Gebiete durch die Operation befreit waren, sind wir dort hin gefahren. Wir begannen sofort damit die Bedürfnisse der Menschen in Erfahrung zu bringen und nach Möglichkeit zu befriedigen. Wir unterstützen die Menschen mit dem Nötigsten, wie Essen und Medikamente. Der Kanton Kobanê, der eigentlich selber jede Hilfe benötigt, half uns dabei unseren Menschen zu helfen. Das was die Menschen hier am nötigsten brauchen ist Brot, danach kommt Treibstoff für Fahrzeuge und Stromgeneratoren.

*Die Menschen kommen auch in euer Zentrum, um mit euch zu sprechen, wie stehen sie zu der militärischen Operation? Begrüßen sie sie? Wie ist ihre Meinung? Wie sind die Bedingungen der Frauen?*

Wir waren überrascht, wir haben nicht mit einem so enormen Interesse für uns gerechnet. Bis auf wenige Personen zeigt der Großteil der Menschen ein reges Interesse an unserer Arbeit. Die Konstituierung von Rätestrukturen in den befreiten Dörfer entwickelt sich rapide. Die Menschen haben ein enormes und verständliches Interesse sich selber wehren und verteidigen zu können, sie wollen Teil des bewaffneten Kampfes gegen den IS werden.

Wir verichten unsere Arbeit mitten unter den Menschen und sie

melden uns eine große Freude über die Operation und Befreiung Minbic's zurück. Viele weinen vor Freude. Viele berichten, dass sie seit Beginn der Operation Tag für Tag auf das Anrücken der befreienden Kräfte warten. Sie sehen diese Kräfte als ihre eigenen und sagen, dass sie die Gräueltaten des IS durch die Freude über ihre Freiheit vergessen können.

Frauen sind diejenigen, die am meisten unter den Grausamkeiten des IS leiden mussten. Von Hausarresten, über Steinigungen, bis hin zur gewaltsamen Ganzkörperverschleierung, sie erlitten am meisten. Dies erklärt auch, warum Frauen diejenigen sind, die die Befreiung mit der größten Begeisterung und Freude empfangen. In manchen Dörfern, die wir nach ihrer Befreiung besuchten, rissen sich junge Frauen die Vollverschleierung vom Körper und sagten, dass sie es nicht glauben können endlich frei zu sein.

*Was sind nun die Ziele des Rates?*

Unser Hauptziel ist die Sicherung der Selbstbestimmung der Menschen in Manbij und den umliegenden Dörfern. Wir planen Schulen, Volks- und Frauenräte und sind dabei Komitees für die Bereiche Gesundheit und Wirtschaft zu formen. Dieser Rat wird der Beginn eines neuen Lebens für unsere Heimat. Manbij ist eine historische Stadt in der Menschen aus verschiedensten Nation und verschiedener Völker und Kulturen leben. Für uns ist ein essenzieller Bestandteil der Selbstverwaltung durch die Bevölkerung, dass die Menschen gleichberechtigt und geschwisterlich zusammenleben. (ANF 20.6., ISKU)

## → Zwei Mal lebenslänglich ...

Gefängnis fest, das ihrem Ministerium untersteht. Den Schlüssel dazu hält der Justizminister in Händen. Wann immer es ihm passt kann er die Tür öffnen und mit ihm selbst reden, aber selbst das würde dann noch lange nicht bedeuten, dass erneut Verhandlungen oder ein Dialog zum kurdischen Problem stattfindet. Nur wenn es zu einem Gesprächsverkehr mit politischen Delegationen und als drittes Auge dies in Gegenwart eines Vermittlers geschieht, erst dann kann man davon ausgehen, dass erneut Verhandlungen für eine Lösung aufgenommen wurden. Deshalb ist alles jetzt nur Spekulation.

Abdullah Öcalan hat seit mehr als einem Jahr zu niemanden mehr Kontakt, für die Außenwelt sind Kontakte zwischen ihm und dem Staat – sollte es solche denn überhaupt geben – ohne Bedeutung. In den letzten Tagen waren Äußerungen des Abgeordneten Altan Tan (HDP) vermehrt in der Presse zu lesen. Irritationen, die dadurch hervorgerufen worden

sind, stellt Demirtaş dann auch folgend klar: „Die Haltung unserer Partei gegenüber Gewalt ist unzweifelhaft, wir sind eine Partei die eine demokratische Politik ausübt, die eine Demokratie verteidigt, die pluralistisch, vielsprachig, multikulturell ist und allen Glaubensrichtungen Raum gibt. Jedem, der in unserer Partei Politik betreibt, ist das bekannt und handelt auch dem entsprechend. Natürlich darf unsere Partei auch kritisiert werden. Aber der richtige Ort dafür ist nicht die Presse oder die Medien, sondern die Gremien der Partei. Unsere Partei befindet sich nicht auf dem Scheideweg der Frage zwischen Gewalt oder demokratischer Politik. Sie hat ihren Weg gewählt, die Linie ist klar. Jegliche Äußerung darüber, dass die HDP am Scheideweg stünde zeigen nur, dass das, was die HDP ist nicht ausreichend begriffen wurde.“ (...) Demirtaş konkretisiert dann auch die HDP verteidigt Säkularismus und Religionsfreiheit. Selbstverständlich könnten sich in der

HDP konservative Kurden, muslimische Kurden, konservative Türken und muslimische Türken einfinden. Aber eine Festlegung der HDP als muslimische Partei lehnt Demirtaş ab. „Unserer Partei ist keine Partei des politischen Islam, aber als Religionsgruppe ist jede in ihr vertreten.“

Auf Fragen hinsichtlich der TAK antwortete Demirtaş: „Es gibt eigentlich niemanden der die TAK mehr kritisiert, sie mehr warnt und sie mehr auffordert diese Art der Aktionen zu beenden als uns. Mit Terroraktionen, die Zivilisten zum Ziel haben, haben wir in keinster Weise etwas zu tun. Jegliche Toleranz oder Sympathie durch die HDP ist undenkbar. Wir haben jene Organisation mit dem Namen TAK immer dazu aufgerufen solche Aktionen zu unterlassen und sie aufgefordert, die Drohung in Zukunft weiterhin solche Aktionen durchzuführen und sie noch zu forcieren, zurück zu nehmen.“ (...)

(YH/ANF, 16./18.6., ISKU)

(Hani), Farqin (Silvan), Hezro (Hazro) unter Ausgangssperre stehen.

Bei den Luftangriffen sollen auch die Dörfer Mizak (Kılıçlı) und Qurmik (Konuklu) getroffen worden sein. Über Schäden liegen noch keine Meldungen vor. Am 22.6. wurden ebenfalls über drei Dörfer des Landkreises Paşur (Kulp) die Ausgangssperre verhängt. Mit Licê ist inzwischen jegliche Verbindung vollständig abgebrochen. Weder telefonisch noch per Internet ist ein Verbindung dorthin möglich, gleiches gilt für den Landkreis Farqin.

Die ehemalige Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Anne Brasseur, wies darauf hin, dass „Ausgangssperren, wie schon die Venedig-Kommission, (einer Kommission des Europarates die Länder Verfassungsrechtlich berät) dar gelegt hat, rechtlich unzulässig sind.“

(ANF/YH, 21./22.6., ISKU)

### Minbic Militärtrat: Weitere Fortschritte

Die Operation zur Befreiung der Stadt Minbic und der umliegenden Dörfer unter dem Kommando des Minbicer Militärtrats erreichte am Donnerstag ihren 23. Tag. Zuletzt konnte die Stadt Minbic vollkommen eingekreist werden, wobei jedoch nach verschiedenen Angaben ein kontrollierter Korridor offengelassen werden sollte, durch den die IS Kämpfer sich zurückziehen sollen, da größere Kämpfe sowohl die Stadt vollkommen zerstören, als auch die verbliebenen EinwohnerInnen in große Lebensgefahr bringen würde. Dies zeigt sich aus den Erfahrungen von Kobanê und anderer Städte.

Mittlerweile scheinen die Bandenmitglieder zusehends in Panik zu geraten und agieren immer häufiger mit Selbstmordangriffen, die jedoch bisher keine nennenswerte Wirkung hatten. Zur Zeit finden rund um die Stadt Kämpfe statt, da der IS sämtliche Vorstöße versucht aufzuhalten.

(ANF, 23.6., ISKU)

### Quellen:

ANF      Firat  
Nachrichtenagentur  
YH      Yüsekova Haber

### N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org